

Die Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) ist in Deutschland die Anlaufstelle für Stadtgärtnereien und Gartenbauämter. An der Jahrestagung, die diesen Mai in Koblenz stattfand, wurden verschiedene Arbeitsfelder und Brennpunkte beleuchtet. Dabei zeigte sich eines deutlich: Trotz hoher Wertschätzung des Grünraumangebotes bei der Bevölkerung werden die Mittel weiter gekürzt. Das Grünraumangebot wird immer noch als Kür und nicht als Pflicht angesehen.

Text: Peter Stünzi, Grünraumberater, Kilchberg
Bilder: wab.



Von der Kür zur Notwendigkeit: Grünflächen sind wichtig fürs Stadtklima als grüne Lungen, für die Lufthygiene und zum Temperatenausgleich.

«Private Lifestyle», aber kein Geld für öffentliche Grünflächen

Im Rahmen eines Pressegesprächs wies der Präsident der GALK Heiner Baumgarten darauf hin, dass in Deutschland die Zerschlagung der Grünbereiche in der Kommunalverwaltung fortschreite. Eine Rolle spielen hierbei Unternehmensberater: Einer würde vom anderen abschreiben, ohne genau hinzuschauen, stellte Baumgarten fest. Der Abbau beim öffentlichen Grün wird damit begründet, dass dies nicht Pflicht, sondern Kür sei. Durch die Zerschlagung der grünen Verwaltungsstruktur «Grün aus einer Hand» ist weder die Nachhaltigkeit noch die gewünschte Qualität gesichert. Nach zum Teil sehr negativen Erfahrungen zeigen sich am Horizont auch erste Kursänderungen. In Freiburg im Breisgau z. B. wurden nach einer Phase der Mischung von Tiefbau und Gartenbau alle Verwaltungselemente im Grünbereich wieder unter einer Leitung zusammengefasst.

Warum schaffen es die Verantwortlichen für das Stadtgrün nicht, die guten Umfragewerte für Stadtgrün und Umwelt bei Bewohnern in die Politik umzusetzen? Diese Frage wurde im Rahmen des

Pressegesprächs aufgegriffen. Vor allem zwei Begründungen tauchten auf: Die «Fachgrünen» sind sich der Notwendigkeit von Marketing nicht oder zu wenig bewusst. Es werden dafür keine oder zu knapp bemessene Mittel eingesetzt. Häufig wollten die «Fachgrünen» sich und ihre Dienstleistung auch gar nicht verkaufen.

Verwiesen wurde auf die Stiftung «Grüne Stadt». Um eine Bundesgartenschau bekannt zu machen, rechnet man mit Marketingkosten in Höhe von rund 1,5 Euro pro Besucher, also 2–3 Mio. Euro. Um das öffentliche Grün in der Politik landesweit zum Thema zu machen, bräuchte es ein Mehrfaches dieser Summe. Da bewegt eine Stiftung mit einigen 10 000 Euro jährlich nicht wirklich etwas.

Qualität von Planungsleistungen

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) und dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) wurden zwei Workshops veranstaltet. Ziel ist die Herausgabe eines gemeinsamen Positionspapiers.

Web-Tipp

www.galk.de – die Seite der Gartenamtsleiterkonferenz für alle Felder des öffentlichen Grüns der Städte und Kommunen



Grünflächen haben auch eine interkulturelle Bedeutung. Nutzgartenprojekt im Rahmen von Lausanne Jardins 2009 an einem sozialen Brennpunkt.

Wieder vermehrt in Papierform

Die Website ist nach wie vor das wichtigste Kommunikationsmittel, sowohl intern als auch extern. Das GALK-Präsidium hat aber entschieden, neben der Website als Medium zur Verbreitung von Wissen und Haltungen auch wieder auf das gute alte Papier zu setzen. GALK-Positionen sollen als Druckerzeugnisse bei Messen und Veranstaltungen aufgelegt werden. Als erste Beispiele entstanden Broschüren zur «Verwendung nicht heimischer Gehölze in Städten» und über «Streusalz».

Familiengärten sind unverzichtbar

Der Arbeitskreis Kleingartenwesen vertritt folgende Position: «Kleingärten sind auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels, der städtebaulichen Umbauprozesse, der sich ändernden sozialen, ökonomischen und ökologischen Erfordernisse unverzichtbarer Bestandteil kommunalen Lebens.»

Künftige Struktur des kommunalen Friedhofswesens

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen verlangen auch im Friedhofswesen Impulse zur Weiterentwicklung. Für Politikerinnen soll ein Positionspapier und für Gartenamtsleiterinnen sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. In Arbeit ist zudem ein Organisationsmodell, wie Friedhöfe in die Gartenbauämter eingefügt werden können.

Weitere Themen sind die Umsetzung der Bedarfsberechnungen in der Praxis, das Onlinegedenken als Angebot der Friedhofsverwaltungen (virtueller Friedhof) und der Umgang mit Überhangflächen.

Baumschutz, Verwendung nicht heimischer Baumarten an Stadtstrassen

Die GALK-Vertretung hat das neue Bundesnaturschutzgesetz zum Anlass genommen, einen Vorstoss für eine Musteratzung zum kommunalen Baumschutz einzubringen. Ziel ist eine praxisgerechte Grundlage für Kommunen, die noch keine Baumschutzsatzung haben.

Der Arbeitskreis Stadtbäume hat ein Positionspapier mit folgendem Fazit erarbeitet: Die Verwendung heimischer Gehölze ist vor dem Hintergrund, den Charakter der einzelnen Regionen bewahren zu wollen, sinnvoll. Die Forderung hingegen, auch im Stadtbereich nur heimische Gehölze zu verwenden, ist aus fachlichen Gründen abzulehnen. Vor allem im Hinblick auf den Klimawandel sind nicht heimische Arten unverzichtbar, damit Strassenbäume auch in Zukunft das Bild unserer Städte prägen.

Grünflächenunterhalt durch Stadtgärtnerien ist günstig

Der Arbeitskreis Organisation und Betriebswirtschaft hat sich erneut dem Aufwand für die Steuerung im Grünflä-

chenunterhalt gewidmet. Diese wird in einigen Städten an private Ingenieurbüros vergeben. Die Honorarkosten betragen dann 15 bis 20 % der Pflegekosten. Bei der Vergabe und Beaufsichtigung durch eigene Mitarbeitende sind die Aufwendungen ähnlich hoch. Mit rund 10 % ist der Steuerungsaufwand für den eigenen Betrieb aber deutlich geringer. Beim Gesamtkostenvergleich «make or buy» von Grünflächenunterhalt ist dies von Bedeutung. Der Aufwand für die Leistungserbringung durch einen gut geführten Regiebetrieb entspricht in etwa den Nettokosten einer Vergabe. Zu den Nettokosten kommen die Mehrwertsteuer und die höheren Steuerungskosten hinzu. Somit ist die Vergabe an GaLaBau-Firmen teurer als die Grünflächenpflege durch den eigenen Betrieb.

Eine Umfrage bei den Kommunen hat ergeben, dass bisher erst wenige Städte die Grünflächenreinigung über die Kehrichtgebühr finanzieren.

Was kann an Grün weggespart werden?

Gemäss dem Bericht der Stadt München soll alles, was nicht der Verkehrssicherungspflicht dient, eingespart werden. Laut Heribert Eschenbruch, Bremen, gibt es keine Zahlen darüber, wie gross der Anteil verkehrssicherungspflichtiger Arbeiten ist. Er geht von gut 80 % der Tätigkeiten eines Gartenamtes aus.